

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 27.August 2026

Sandra Redmann

Tierschutz ist Staatsziel

TOP 34: Gemeinsam Verantwortung für den Tierschutz übernehmen (Drs. 20/4707)

Wer derzeit mit Tierheimen, Wildtierstationen und Tierschutzvereinen spricht, hört immer wieder: Wir haben kaum noch Platz, die Kosten steigen und wir wissen langsam nicht mehr, wie wir das alles schaffen sollen. Und trotzdem machen sie weiter. Sie kümmern sich um ausgesetzte Katzen und Hunde, beschlagnahmte Tiere, Exoten, kranke Tiere und immer häufiger um Tiere aus Qualzuchten.

An dieser Stelle ein Dank an die FDP für die Initiative für eine Anhörung im Ausschuss. Und vor allem Danke an die vielen Menschen aus dem Tierschutz für die offenen Türen, die Gespräche und die klaren Worte. Aber unser Dank darf nicht die Antwort der Politik sein. Wir können nicht immer wieder die Arbeit der Tierschützerinnen und Tierschützer loben und gleichzeitig erwarten, dass sie irgendwie finanziell über die Runden kommen.

Tierschutz ist Staatsziel und ein Staatsziel darf nicht davon abhängen, ob genügend Spenden zusammenkommen. Deshalb wollen wir die gestrichene Landesförderung für Tierheime wieder aufnehmen. Aber Geld allein löst das Problem nicht. Wir müssen auch dafür sorgen, dass weniger Tiere überhaupt im Tierheim landen.

Lassen Sie mich hier einschieben: Ganz viele Menschen gehen sorgsam mit Tieren um und lieben sie als Mitglied der Familie. Wir müssen trotzdem aufklären. Ein Tier ist keine Anschaffung für kurze Zeit, kein Urlaubsmitbringsel, kein Accessoire für ein Foto oder eine Social-Media Story. Ein Tier aufzunehmen bedeutet Verantwortung. Vor der Anschaffung sollte man genau wissen was das bedeutet. Wieviel Zeit braucht es, welche Kosten entstehen und welche Bedürfnisse das Tier hat.

Daher sollten wir auch darüber diskutieren, ob ein Sachkundenachweis für bestimmte Tierhaltungen sinnvoll ist. Und da müssen wir auch bei der Zucht ansetzen. Wir wollen uns am österreichischen Modell orientieren: Höhere Anforderungen an Züchterinnen und

Züchter, Gesundheitsuntersuchungen, Sachkunde und wirksame Kontrollen. Tierschutz beginnt nicht erst an der Tür des Tierheims.

Das gilt natürlich auch für z.B. exotische Tiere. Wir fordern eine Positivliste, die festlegt, welche Tierarten privat gehalten werden dürfen. Für wirksamen Tierschutz brauchen wir zudem strengere Regeln für den Onlinehandel und ein konsequentes Vorgehen gegen den illegalen Tierhandel. Ein Verbot von Wildtieren im Zirkus ist längst überfällig, übrigens unabhängig davon ob sie groß oder klein sind.

Sie haben ja auch einen Alternativantrag vorgelegt. Einige unserer Punkte finden sich darin zumindest im Ansatz wieder. Aber warum werden Sie immer genau dann vorsichtig, wenn aus einer richtigen Erkenntnis eine konkrete Konsequenz werden müsste. Die Positivliste wollen Sie prüfen. Wir wollen sie. Bestehende Gesprächsformate wollen Sie verstetigen. Ja, wollten Sie diese denn abschaffen?

Die Tierheime sind voll, die finanziellen Probleme offensichtlich. Jetzt muss das hier mal zur Sache gehen. Deshalb fordern wir eine landesweite Tierschutzkonferenz mit Bund, Land, Kommunen und Tierschutz an einem Tisch, um konkrete Lösungen zu vereinbaren. Wir müssen aufhören, Verantwortung hin- und herzuschieben. Wer übernimmt welche Aufgabe und wer bezahlt sie? Das muss verlässlich geklärt werden.

Einen Punkt Ihres Antrags möchte ich noch explizit ansprechen. Sie fordern eine humane Regelung für nicht vermittelbare und rehabilitierbare Tiere, insbesondere für Hunde mit Gefahrenpotenzial. Sagen Sie bitte konkret, was Sie damit meinen.

Den Menschen im Tierschutz müssen wir nicht erklären, dass die Lage schwierig ist. Die erleben das jeden Tag. Sie nehmen Tiere auf, wenn andere nicht weiterwissen. Sie pflegen und versorgen sie und geben ihnen im besten Fall eine neue Chance.

Sie brauchen endlich unterstützende politische Entscheidungen. Genau das wollen wir. Unser Antrag verbindet daher beides. Wir wollen Verantwortung dort stärken, wo Tiere angeschafft, gehalten, gezüchtet oder gehandelt werden. Und wir unterstützen als Staat diejenigen, die am Ende da sind wenn diese Verantwortung nicht funktioniert hat.